Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mk., vierteljährlich 22.5[illegible] Mk., durch die Post monatlich 8.25 Mk., die teilsächs. 24.75 M. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Telegr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigenabteilg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenagenturen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Nr. 586. Halle, Mittwoch, den 15. Dezember 1920. Einzelpreis 30 Pfg.

Frankreichs Programm für Brüssel.

Abreise der deutschen Delegierten — Höhere Einstufung der Verkehrsbeamten unter Fortfall der Betriebszulagen
Die Wohnungsfrage vor dem Reichswirtschaftsrat — Schlußverhandlungen des Nürnberger Parteitages.

Soll die Wohnungsnot zur Katastrophe werden?

Von Max Bahr, Mitglied des Reichstages.

Die Wohnungsnot Deutschlands wächst vom Jahr zu Jahr und droht direkt und indirekt zur Katastrophe zu führen. Direkt, indem Hunderttausende von Familien teils völlig obdachlos, teils in unzulänglichen Notwohnungen, teils in überfüllter Enge untergebracht sind; indirekt, indem durch das herannahende Erliegen der Bautätigkeit die 1½ Millionen Arbeiter des Baugewerbes und wohl 1 Million Arbeiter der an den Bauten beteiligten anderen Gewerbe — Ziegelei, Kalk, Zement, Schlosser, Tischler, Klempner, Maler usw. — zum großen Teil zur Verzweiflung und den Bolschewisten in die Arme getrieben werden.

Die Baukosten sind so gewaltig gestiegen, daß für eigene Rechnung niemand mehr bauen kann. Rechnete man vor dem Kriege bei ganz sparsamer einfacher Ausführung die Kosten je Kubikmeter umbauten Raumes in mehrgeschossigen Häusern auf 15 bis 18 Mark, so muß man gegenwärtig auf etwa 200 Mark rechnen. Die 1918, 1919, 1920 unter Gewährung dauernd steigender Bauzuschüsse von Reich, Land, Gemeinde unternommenen Bauten reichten nicht entfernt aus, dem Bedürfnis zu genügen. Man fragt wohl, wie das Bedürfnis trotz der Menschenverluste des Krieges so groß sein kann? Dabei wird übersehen, daß eine Familie, welche den Vater verloren hat, doch die Wohnung weiter braucht, daß 5—6 Jahrgänge, welche seit 1914 in das heiratsfähige Alter hineinwuchsen, in normalen 5—6 Jahren 1—1½ Million neuerbauter Wohnungen gefunden hatten, während jetzt seit Kriegsbeginn in ganz Deutschland wohl kaum 150—200 000 Wohnungen hergestellt sind, so daß 800 000 bis 1 Million Wohnungen fehlen. Dazu kommt, daß außerdem aus Elsaß-Lothringen, Polen, Westpreußen, den Kolonien, den Balkanländern und feindlichem Ausland Hunderttausende nach dem alten Vaterlande zurückgekehrt sind, welche auch ein Obdach suchen. Die durch Zwangseinquartierung, Teilung großer Wohnungen, Ausbau von Notwohnungen usw. geschaffene Hilfe fällt wenig ins Gewicht. Es wird die Wohnungslosigkeit der kleinen Zahl der Reichen und Wohlhabenden meist nicht erkannt. Von 100 Steuerzahlern 1912 in Preußen hatten nur 99 v. H. mehr als 9500 Mark und 0.6 v. H. 6500—6500 Mark Einkommen, während 68,5 v. H. unter 1100 Mark jährlich hatten. Wie wenig macht es für die 68½ v. H. unter 1200 Mark aus, wenn man bei den 1,5 v. H. mit mehr als 6500 Mark Einkommen Wohnungen teilt und damit 1½—3 v. H. der Unteren Hilfe bringt, während die weiteren 30 v. H. davon gar nicht berührt werden. Die Wohnungsnot nimmt nicht ab, sondern sie steigt!

Bei dem Elend, in welchem Deutschland lebt, muß auch der Wohnraum auf das äußerste in Fläche wie Höhe beschränkt werden. Das Reich gibt Zuschüsse nur für eine Wohnfläche bis zu 70 Quadratmeter (wobei abgeschlossener Wohnflur, Abort, Speisekammer mitgerechnet werden) und für eine lichte Zimmerhöhe von 2,50 Meter. Rechnet man den Wohnungsbedarf von den Wohlhabenden bis zu den Aermsten, so kommt man bei vorsichtiger Schätzung zu einer Durchschnittswohnfläche von ca 36—37 Quadratmeter.

Nun wird man wohl davon ausgehen müssen, daß eine Familie mindestens 1 Zimmer und Küche haben sollte und man die Bauten zu 30 v. H. auf Wohnungen von 1 Zimmer und Küche, 50 v. H. 2 Zimmer und Küche, 15 v. H. 3 Zimmer und Küche, 5 v. H. 4 Zimmer und Küche verteilen sollte. Wir kämen dann auf eine Durchschnittsfläche von 50 Quadratmeter (2 Zimmer und Küche) mit rund 50 000 Mark Baukosten im dreigeschossigen Mittelhause. Daß die Volkskreise, welche sich mit 2 Zimmer und Küche begnügen, nicht mit 3000 bis 5000 Mark Miete einen solchen Bauwert zinsen können, liegt auf der Hand. Ohne Zuschüsse von mindestens 70 v. Hundert der Baukosten kann nicht gebaut werden, und auch dann muß noch jedem Preiswucher mit Steinen, Holz, Zement, Eisen usw. wie auch weiterer Steigerung der Bauarbeiterlöhne entgegengewirkt werden, sonst reichen auch 900 bis 1100 Mark Miete für 50 Quadratmeter nicht aus, und es ist jede Bautätigkeit absolut unmöglich.

Wer aber soll die erforderlichen großen Zuschüsse leisten? Hier müssen alle Beteiligten — Reich, Land, Gemeinde, Arbeitgeber — zusammenstehen, um opferbereit und großzügig die Sache in die Hand zu nehmen. Reich, Land, Gemeinde müssen die Wohnungen schaffen, um gleichzeitig die Erwerbslosen Werte schaffender Arbeit zuzuführen, ihre Zahl nicht noch weiter zu vermehren. Die Arbeitgeber, welche teilweise infolge der Verkürzung der Arbeitszeit, des Fortfalls fremder Saisonarbeiter für vermehrte Zahl mehr Wohnungsgelegenheit wünschen, müssen auch ihrerseits Opfer bringen, um den Bau zu ermöglichen. Die Schaffung von Werkswohnungen, welche mit dem Wechsel der Arbeitsstelle zu räumen sind, muß ausgeschlossen sein. Träger des Wohnungsbaues müssen gemeinnützige Organisationen sein, an denen am besten auch die Gemeinden sich beteiligen und ihren Einfluß zur Geltung bringen; wenn aber Arbeitgeber größere Opfer bringen sollen, wird man für einen angemessenen Teil der zu schaffenden Wohnungen ihren Angestellten ein gewisses Mietsvorrecht einräumen müssen. Es gilt großzügig zu handeln, um Großes zu schaffen, da müssen kleinliche Bedenken zurücktreten. Die Wohnungen, welche geschaffen werden, helfen in jedem Falle die überaus schwere Notlage mildern — hierfür müssen alle Geldquellen erschlossen werden.

Nun aber kommen die Finanzminister von Reich, Staat und Gemeinde und erklären, wir haben kein Geld, wir können nichts geben, und so steht das Reichswohnungsamt jetzt Mitte November mit leeren Händen vor jedem, der 1921 bauen möchte und sagt ihm, daß vorläufig keine Zuschüsse zugesagt werden können. Was ist die Folge? Daß überhaupt keine Bauten geplant, keine Baumaterialien beschafft werden können, daß das Baugewerbe dem Stillegen entgegengeht. Hier muß unverzüglich eingegriffen und gehandelt werden! An dem unseligen „Zu spät" ist Deutschland im Kriege zugrunde gegangen, das „Zu spät" darf uns nicht auch wirtschaftlich zugrunde richten. Das Geld zum Bauen" müssen Reich, Land und Gemeinde beschaffen, wenigstens da, wo auch andere zur Beteiligung am Opfer bereit sind. Den Berliner streikenden Arbeitern wollte die Stadt 40 Millionen Mark Erhöhung geben, für die Waffeneinziehung hat das Reich einige hundert Millionen geopfert, für die Erwerbslosen müssen Hunderte von Millionen zwecklos hergegeben werden, und für Werte schaffende Werte sollen sie fehlen? Gewiß müssen auch Deckungsmittel gesucht und gefunden werden — aber das Bauen muß jetzt geschehen werden! Weitere Monate zu warten, ist unmöglich. Wir haben keine Wahl, es muß gebaut werden, und es müssen auch sofort die Mittel dazu bereitgestellt werden!

Wenn das Gesetz dem Hausbesitzer verbietet, seinen Besitz höher zu verwerten, und ihm kaum eine kleine Mietserhöhung zur Deckung der gewaltig gestiegenen Unkosten gestattet, dann dürfen die Länder und Gemeinden nicht das Zwanzig- und Dreißigfache für das Rundholz im Walde erzielen wollen bei Verwendung für das Gemeinwohl durch Wohnungsbau.

All diese Fragen müssen einer schnellen gesicherten Lösung zugeführt werden, aber es darf nicht eins vom andern abhängig gemacht und mit der entscheidenden Tat — Sicherung der Bauzuschüsse — gewartet werden, bis es wieder „Zu spät" ist. Das gewichtige Wort des Grafen von Weimar „Im Anfang war die Tat" sollen wir nicht bloß im Munde führen — es muß gehandelt werden, und zwar schnell und mit sicherer Wirkung.

Die Wohnungsfrage im Reichswirtschaftsrat

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat setzte am Dienstag die Beratung des Antrags Wissell über die produktive Erwerbslosenfürsorge fort.

Herter (Deutscher Bauarbeiterverband): Die Verlängerung der Arbeitszeit würde die Baukosten nicht verringern und würde ebenso wie die Akkordarbeit bei der großen Zahl von Arbeitslosen nur zu Streitigkeiten und Minderleistungen führen. Vor allem müssen die Baustoffe verbilligt werden.

Gewerkschaftssekretär Fromm (christlicher Fabrikarbeiterverband) wünscht vor allem vermehrte Zuweisung von Brennstoff für die Baustofferzeugung. Wir müssen wieder mehr den Naturstein sowie den Beton als Baumaterial verwenden; dadurch könnten auch die Betonfabriken besser ausgenutzt werden.

Architekt Kröger (Reichsbund deutscher Technik) bemängelt, daß noch immer keine Klarheit über die Versorgung des Baumarktes im kommenden Jahre geschaffen sei. Zur Beschaffung der Mittel könnte man ein Loskaufsystem einführen, mit dem sich die Inhaber größerer Wohnungen von der Abgabe der Wohnräume loskaufen könnten.

Redakteur Unbreit (Allg. Deutsch. Gewerkschaftsbund): Die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind außerordentlich schwer zu beschaffen. Ehe wir nicht die Baumaterialkosten wesentlich senken, werden wir der Schwierigkeiten nicht Herr. Der Ausschuß schlägt deshalb die Bildung von Selbstverwaltungskörpern unter Beteiligung der Arbeiter vor.

Frau Kremer (Verband deutscher Hausfrauenvereine): Wir haben unsere Beschlüsse im Ausschuß bereits im September gefaßt: wir wundern uns, daß man seitdem nichts gehört hat. (Sehr richtig!) Wir haben uns damals auf die Mietsteuer geeinigt, weil kein anderes Mittel zur Beschaffung des Geldes zu finden war. Untere Kinder sind in Not, nicht nur aus Nahrungsmangel, sondern auch aus Wohnungsmangel. Die jungen Leute werden ja auf die Straße getrieben, wenn sie kein richtiges Heim haben.

Oberbürgermeister Blüher-Dresden (Hausbesitzer): Es ist bedauerlich, daß bei der Erörterung dieser wichtigen Fragen das zuständige Arbeitsministerium nicht durch seine Referenten vertreten ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Einwohnerschaft vieler Großstädte ist gesunken, aber gleichzeitig hat sich die Zahl der Haushaltungen vermehrt. Die Ansprüche an den Wohnraum haben sich bei den im Kriege reich gewordenen Schichten vergrößert.

Bureauräume sollen in besonderen Bureauhäusern mit höheren Mieten unergebracht werden, um mehr Raum für Wohnungen zu schaffen. Wir müssen mehr zu der sparsamen Bauweise übergehen und müssen auch unsere Anforderungen an die Wohnungen vermindern. Wir haben dadurch in Dresden die Baukosten um ein Drittel vermindert. Wir können uns aber nur auf gute Ratschläge beschränken, denn für eine zentrale Regelung sind die Verhältnisse zu kompliziert. Wenn wir das Baulohn verbilligen wollen, dann muß einmal mit dem staatlichen Forstfiskus ein kräftiges Wort deutsch gesprochen werden. (Sehr wahr!) Das böse Beispiel der Forstverwaltungen verteuert auch die übrigen Baustoffe. Leider wird von den Bauarbeitern oft das beliebte Mittel der „Sabotage der Arbeit" angewandt. Das geht natürlich auch nicht. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens werden wir auf die Zwangswirtschaft noch nicht verzichten können. Die Baukostenfrage ist unlösbar, wenn nicht gleichzeitig die Frage der Höchstmieten endgültig geregelt wird. Die Höhe der Baukostenzuschüsse darf nicht zentral festgesetzt werden. Der Reichsfinanzminister hat gegen die Einstellung der Zuschüsse ohne Deckung in den Etat Einspruch erhoben. Ich verwerfe den Plan neuer Heilstätten-Darlehnsscheine; aber es muß schleunigst für Deckung gesorgt werden, es ist jetzt fünf Minuten vor 12. (Heiterkeit. — Die Uhr im Saale zeigt tatsächlich fünf Minuten vor 12.) Der Städtetag hat sich mit großer Mehrheit für die Mietsteuer ausgesprochen. Wir brauchen Freiheit und Geld! Dann werden wir draußen die Sache schon machen.

Auf Antrag des Staatssekretär a. D., Dr. August Müller, wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Ministerialdirektor Krüger (Reichsarbeitsministerium): Wir haben erst gestern abend erfahren, daß heute früh diese Beratung stattfinden sollte; deshalb waren wir nicht rechtzeitig vertreten. Das Reichskabinett hält daran fest, daß Bauzuschüsse ohne Deckung nicht bereitgestellt werden können. Ueber die Mietsteuer hat jetzt der Reichstag zu entscheiden.

Baumeister Roack (selbständ. Handwerk): Die gemeinnützigen Genossenschaften haben zum Teil mit den Zuschüssen gewüstet. Die Mietsteuer ist durchaus geeignet. Nicht Gemeinwirtschaft, sondern freie Wirtschaft wird die Bautätigkeit wieder in Gang bringen und verbilligen.

Schumacher (Gewerkverein der Holzarbeiter): Wir haben für die Deckung durch die Mietsteuer gesorgt. Nun will Preußen wieder eine Extrawurst haben. Staatssekretär Hirsch lehnt die Mietsteuer ab. Wozu dann unsere Arbeit? Alle Mittel, den Wohnungsbau zu fördern, sind recht. An einen Abbau der Löhne kann vorläufig nicht gedacht werden.

Verbandsvorsteher Beckmann (Gewerkschaft der Angestellten): Die Schwierigkeiten sind entstanden durch die Geldentwertung. Die Höchstmieten sind ein ganz plumper Eingriff. Wir brauchen nur enger zusammenzurücken, dann könnten alle Wohnungen erhalten.

Ein Abänderungsantrag Irl wird einstimmig angenommen, mit großer Mehrheit ferner ein Antrag Horter, der die Leitsätze dahin abändert, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit der Bauarbeiter nicht gefordert und Akkordarbeit nur nach tariflicher Vereinbarung zulässig sein soll. Die Leitsätze des Unterausschusses werden dann einstimmig angenommen. Ein Antrag Wissell auf Bildung eines Ausschusses von 24 Mitgliedern für Wohnbau- und Siedlungswesen wird gleichfalls einstimmig angenommen.

Abg. v. Siemens (Industr. Arbeitgeb.) begründet hierauf folgenden Antrag: Die Vereinigten Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschüsse haben den auf ihre Anregung von der Regierung vorgelegten

Entwurf einer Stillegungsverordnung

unter der ausdrücklichen Voraussetzung einstimmig zur Durchführung empfohlen, daß am Schluß des § 6 die Worte hinzugefügt werden: „oder wenn nachweislich Mangel an Kohlen, Betriebsstoffen und Rohstoffen trotz rechtzeitiger Vorsorge des Betriebes" vorliegt, und daß ferner dem § 6 der Satz hinzugefügt wird: „Wirtschaftliche Maßnahmen in Kämpfen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung." Von Regierungsseite ist in der Sitzung ein Bedenken gegen diese Abänderungsvorschläge nicht erhoben worden. In der darauf erlassenen Verordnung ist indessen von den beiden einstimmig beschlossenen Vorschlägen nur der letztgenannte berücksichtigt worden, der erstgenannte dagegen ohne Beachtung geblieben. Die Arbeit des Reichswirtschaftsrats muß als nutzlos angesehen werden, wenn die von ihm auf Grund einer in seinen Beratungen herbeigeführten Einigung beschlossenen Anträge von seiten der Regierung nur in ganz einseitiger Weise verwertet werden. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201215034/fragment/page=0001

Antragsteller bitten den Reichswirtschaftsrat, die Reichsregierung zur Angabe einer Erklärung darüber aufzufordern, warum sie der einstimmig abgegebenen Aeußerung des Reichswirtschaftsrats bei der endgültigen Abfassung der Verordnung nur zu einem Teil Folge geleistet hat.

Staatssekretär Hirsch: In diesem Spezialfall ist die Regierung von Beschlüssen des Reichswirtschaftsrats nur aus formellen, juristischen Gründen abgewichen. In der Plenarversammlung des wirtschaftlichen Ausschusses wurde dieser Antrag innerhalb 5 Minuten formuliert. Die Fassung war juristisch so unglücklich daß die Reichsressorts eine andere Fassung wählen mußten. Diese endgültige Fassung geht nach unserer Auffassung noch über die des Reichswirtschaftsrates hinaus, weil sie alle Fälle der höheren Gewalt umfaßt. Dem Sinn und der Ansicht nach sind also beide Anträge im endgültigen Entwurf berücksichtigt, nur in schärferer juristischer Formulierung.

Redakteur Umbreit: Man hätte dem Reichswirtschaftsrat die Frage noch einmal vorlegen sollen, wenn man eine bessere Formulierung gefunden zu haben glaubte. (Sehr richtig!)

Redakteur Feiler: Ich glaube, die Verordnung enthält dem Sinne nach, was wir beabsichtigt haben.

Kaufmann Hanßen (Arbeitgeber des Handels): Der Begriff „höhere Gewalt" ist sehr auslegungsfähig. Es ist also fraglich, ob die Fassung der Regierung besser ist. Ist die Reichsregierung auch in Zukunft gewillt, Vorlagen abzuändern, ohne den Reichswirtschaftsrat noch einmal zu befragen?

Staatssekretär Hirsch: Im Regelfalle wird die Regierung solche Abänderungen immer dem Reichswirtschaftsrat noch einmal zur Begutachtung vorlegen.

Der Antrag v. Siemens wird hierauf gegen wenige Stimmen angenommen.

Die zweite Lesung des Betriebsfinanzgesetzes wird auf Mittwoch vertagt, weil die Verhandlungen zwischen den Gruppen noch nicht abgeschlossen sind.

Geheimrat Dr. Schwartz begründet einen Antrag die Regierung möge dem Reichswirtschaftsrat unverzüglich eine Uebersicht vorlegen, welche Kriegsgesellschaften noch bestehen, wieviel Räume und Angestellte sie beanspruchen, welche neuen Stellen der Uebergangswirtschaft seit der Revolution neugegründet sind, und wieviel Räume und Angestellte diese noch beanspruchen. Ferner wird gefragt, wieviel Räume binnen sechs Monaten freiwerden. Aus den aufgelösten Kriegsgesellschaften, bemerkt der Redner, entwickeln sich wie bei der Hydra gleich mehrere Abwicklungs- und Ueberwachungsstellen, deren Angestellte und Mitglieder gewaltige Jahresgehälter beziehen. Es geht nicht so weiter, daß wir Millionen für solche unproduktiven Zwecke hinauswerfen.

Direktor Bäßler (Zentralverband deutscher Konsumvereine): Ich gehöre zu dem vom Reichstag eingesetzten Ausschuß zur Prüfung der Kriegsgesellschaften. Das Material ist sehr umfangreich. Wir werden aber nur zuerst dafür zu sorgen haben, daß die Gesellschaften verschwinden. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender v. Braun verliest ein Telegramm der außerordentlichen Vertreterversammlung der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, in welchem diese Organisation die Forderung auf Vertretung im Reichswirtschaftsrat stellt.

Das Haus vertagt sich hierauf auf Mittwoch 10 Uhr: Zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes, Interpellation Cohen über die Technische Nothilfe. Schluß 2½ Uhr.

Demokratischer Parteitag.

Nürnberg, 14. Dez. Die Dienstag-Verhandlungen begannen mit einem Referat von **Dr. Th. Heuß über den demokratischen Staat und die Volksgemeinschaft.** Der Mehrheitssozialismus habe die demokratische Staatsform geschaffen, aber ihre geistige Anerkennung sei unvollkommen. Die Demokratie habe in Deutschland keine Schulung hinter sich und leide unter den Wirkungen der Kriegsdebatten, als ob der Krieg einen Nachweis für gute oder schlechte Staatsform hätte bringen sollen. Der geistige Angriff auf das Werk von Weimar nennt es eine „Kopie der westlichen Demokratie". Ein inhaltloses Schlagwort, wie umgetauft die These vom organischen Staatsrecht Geistreiches mit vollig Unsinnigem verbindet. Die viel berufene Ständeverfassung war keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. Sie ist nicht von der Demokratie, sondern vom Fürstentum zerstört worden. Wir müssen uns auseinandersetzen, weniger mit dem monarchischen Gedanken, als mit der monarchischen Legende. Wir müssen gegen Bismarck den historischen Gegenbeweis führen, daß der deutsche Patriotismus der Anhänglichkeit an Dynastien nicht bedürftig sei. Die monarchische Frage ist keine Rechtsfrage. Freilich, die Republik bedarf ihrer geistigen Tradition, ihrer Form und ihrer Würde. Aber, ist die heutige Verfassung auch der tatsächliche Ausdruck der wirkenden Volkskräfte? Die Gegner sagen, die formelle Demokratie „atomisiere". Der Staat müsse auf den „natürlichen Gliederungen" aufgebaut werden. Dies sei organisch. Der Gedanke hat etwas Verführerisches, weil er die Berufsart als seine ethischen Träger hat, aber seine Durchführung führt zu einem keineswegs organischen, sondern nur mechanistischen System von Kompetenzen und Abhängigkeiten. Naumann hat 1905 bereits abschließend das Problem formuliert, was heute vielen als Neuentdeckung erscheint, aber gleichzeitig gezeigt, ob und wie der Staatszweck dabei noch gedeihen könne. Dem geforderten Primat der Wirtschaft steht Redner das Primat des staatlichen Denkens gegenüber. Die Entpolitisierung der Wirtschaft sei gut, fast wichtiger aber, daß die Politik nicht völlig von der Wirtschaft überflügelt werde. Die Krise des Staatsgedankens sei unverkennbar. Die Republik, die sich sozialistisch nannte, war individualistische Auflösung gegen die Ueberspannung des Staatlichen im Kriege. Unser Schicksal wurde denn, daß die Marxisten des staatlichen Denkens bar waren. Der Redner setzt sich im einzelnen mit den Ideen von Kanserling, Keßler und Rudolf Steiner auseinander und zieht die Parallele zu Proudhons Föderalismus. Diese Theorien, deren letzte Kompetenz Staatsboykott heißt, berücksichtigen nicht die Frage: Wer schafft das Recht? Der Staat ist ein Machtkörper. Er ist Obrigkeit. Der demokratische Staat aber ist nicht nur eine Anstalt zum Schutze der menschlichen Würde auch in der Wirtschaft, sondern er ist Abgrenzung der Nation gegenüber anderen.

Eine internationale Demokratie ist ein Widerspruch in sich. Demokratie ist Selbstbewußtwerden. Die geistige Bindung in der Volksgemeinschaft, Brudergefühle und kulturelle Verschlungenheit des vielfachen Lebens können nur im nationalen Staat ihre Erfüllung finden. Die Volksgemeinschaft schafft sich in den Führern Hebel und Symbole, dazu gehören nicht nur die geistigen, sondern auch die politischen Führer ebenso wie Bebel und Bismarck. Auch Naumann gehört nicht der Partei, sondern dem Volk. (Stürmischer Beifall.) Die Kernfrage der demokratischen Zukunft ist die Führerfrage.

Führertum aber wächst nicht aus Beschlüssen, sondern aus Gnade. Wir brauchen nicht den Ruf nach dem starken Mann. Das ist Feigheit vor eigener Verantwortung. Aber wir brauchen die Herstellung eines gemeinsamen Volksgefühls. Aus allen Lagern suchen Männer und Frauen nach dem Neuen. Die Losung, an der sie sich erkennen, heißt Deutschland! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Parteitag verzichtet einmütig nach dieser gedankenvollen und tiefwirkenden Rede auf Aussprechung. Professor Dr. Baumgarten (Kiel) spricht nunmehr über **Kirche und Schule im demokratischen Staat.** Naumann ist schon für die Trennung von Kirche und Staat eingetreten. Es sei ein Verdienst der Demokratischen Partei, Klarheit und Reinlichkeit in dieses Gebiet hineingetragen zu haben. Sie hat „keine Religion aus Religion", aus Achtung vor der religiösen Ueberzeugung. In unseren Parteistatuten ist deshalb keine konfessionelle Bestimmung aufgenommen worden. Wir verlangen völlige Freiheit, auch Freiheit der Lehrerbildung ohne irgendwelchen kirchlichen Druck. Auch das politische Leben muß frei werden von konfessionellem Zwang. Das rührt nicht an unsere Gesinnung. Als unmittelbar nach der Revolution unsere christliche Gesinnung in Gefahr zu kommen drohte, fuhr ein Furor Teutonicus auch durch die protestantischen Kreise. Die religiösen Motive, die Frage nach der Sinndeutung des so sinnlosen Daseins, sind ungeheuer im Wachsen; auch unter dem Einfluß des brutalen Friedensvertrages mit seiner Nichtachtung der Menschlichkeit angesichts einer ganzen Nation! (Beifall.) Religion ist nicht Privatsache, sondern Gemeinschaftssache. Die neue Verfassung hat sich mit Recht bemüht, dem religiösen Unterricht eine dauernde Stätte in unserem deutschen Schul- und Bildungswesen zu sichern. Der Staat soll der Kirche ihre volle innere Freiheit geben. Daraus folgt aber nicht, daß er sie sich einfach überläßt und ruhig zusieht, daß sie unter Umständen verdirbt.

In unmittelbarem Anschluß sprach der Nürnberger Schulrat und Reichstagsabgeordnete Weiß zu den Aufgaben der Demokratie im Schulwesen, die hauptsächlich bestehen in der Bekämpfung der Zersplitterung des Schulwesens, der Preisgabe des staatlichen Einflusses, der Verschärfung konfessioneller Zerklüftung und der Schwächung der Einheitlichkeit des deutschen Schulwesens, in der wir gerade einen der stärksten Pfeiler der Reichseinheit sehen. Dazu kommt natürlich die volle Umgestaltung der Lehrerbildung, die keinen weiteren Aufschub duldet. Um diesen Grundgedanken gruppierte sich eine Fülle von historischen und grundsätzlichen Gedanken und Erfahrungen aus der Praxis.

Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und gaben zu einer gemeinsamen Aussprache reichlich Stoff. Es fehlte denn freilich nicht an Widerspruch im einzelnen. Aber einmütig war der Parteitag darin, daß die Erörterung gerade dieser Kulturfragen neben den politischen und wirtschaftlichen Hauptaufgabe der Deutschen demokratischen Partei sein soll, und daß zur Lösung dieser Aufgabe diese Referate am letzten Tage der Verhandlungen nur förderlich gewirkt haben. Die auf voller geistiger Höhe stehende Debatte ging bis in den Nachmittag hinein und fand mit dem Parteitag selbst ihren Abschluß, der mit einer vorzüglichen Rede des Vorsitzenden geschlossen wurde. Prof. Gerland schloß die Versammlung mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland und der Parteitag ging mit dem Gesang: Deutschland über alles! auseinander.

Die Beamtenbesoldung.

In der Dienstags-Sitzung beschloß der Hauptausschuß des Reichstags zunächst, daß den Beamten eine Zulage von 150 Mk. noch vor Weihnachten ausgezahlt werden solle. Alsdann wird mit der zweiten Lesung der Abänderungsvorlage zum Besoldungsgesetz begonnen.

Geheimrat Kühnemann (Reichsfinanzministerium) erinnert daran, daß schon bei den Vorberatungen zum Besoldungsgesetz die Eisenbahnbeamten geltend gemacht haben, daß es billig sei, sie im allgemeinen höher als die übrigen Beamten in die Gruppen der Besoldungsordnung einzureihen. Der neue Entwurf setze nunmehr eine höhere Einreihung beinahe aller der Eisenbahnbeamten, die seit dem 1. April 1920 eine Betriebszulage bezogen haben, gegenüber dem Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 vor. In den seitherigen Besoldungsgruppen verbleiben lediglich die Stellwerkgeführer und Weichensteller, aber auch diesen Beamten soll ein Ausgleichszuschuß gewährt werden. Redner vermißt darauf, daß im Falle der Weitergewährung der Betriebszulage diese voraussichtlich nicht auf die Eisenbahnbeamten beschränkt bleiben könnte. Es wären Berufungen vieler anderen Beamtengattungen zu gewärtigen, die glauben, die gleichen Gründe für sich in Anspruch nehmen zu können. Abgesehen davon, daß es gesetzestechnisch kaum möglich wäre, die Voraussetzungen für die Gewährung der Zulagen und den Kreis der Empfänger mit der erforderlichen Bestimmtheit zu bezeichnen, würde

---

Unterhaltungsbeilage der Saale-Zeitung. Donnerstag, den 16. Dezember: Beethoven-Gedenknummer. Inhalt: Beethoven im 19. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Arnold Schering, Ordinarius der Univ. Halle. — Regiebemerkungen zu Beethovens „Fidelio". Von Leopold Sachse, Intendant des hallischen Stadttheaters. — Gedicht von Adolf Kassau. — Beethovens Humor. Von Dr. Hans Kleemann. — Aus Beethovens Zeit. Von A. Kinsky. — Wie Beethoven seine Kompositionen geschrieben hat. Von Mello.

Vereinigung Kursächsischer Künstler.

Wittenberger Kunstschau 1920.

Von

Gösta Bergt-Berlin.

In Wittenberg, der Stadt Lukas Cranachs, regt sich nach langem Schlummer wieder das Leben der Kunst.

Der Plan, Wittenberg eine Kunstschau zu geben, der von dem jungen Breslauer Bildhauer Scholz ausging, und den O. Ostermeyer (Wittenberg) mit dankenswerter Energie zur Durchführung brachte, kann als gelungen betrachtet werden.

Die erste Wittenberger Kunstausstellung war freilich noch wenig beschickt, aber die wenigen Künstler, die ausstellten, waren zum Teil beachtenswerte Könner.

Nach dem guten Erfolge, den die Ausstellung wider Erwarten hatte, beschlossen die Aussteller, sich zu einem Bunde kursächsischer Künstler zusammenzutun, der in dem Gebiete kurischen Elster, Elbe und Mulde durch Ausstellungen das Interesse für Kunst rege halten und den im Gebiete ansässigen Künstlern in der engeren Heimat Absatzmöglichkeiten verschaffen soll. — Ein Gedanke, der auch über das Weichbild Wittenbergs hinaus Interesse finden dürfte.

Unter dem Vorsitz des Malers W. A. Lehmann (Wittenberg), Bad Schmiedeberg, der in der Berliner Jurypreisen die Aufmerksamkeit der Kritik erregte, kam am 8. 12. die Vereinigung zustande.

Lehmann (Wittenberg) wurde zum ersten Vorsitzenden des Bundes bestellt.

Lehmann-Wittenberg steht in der interessanten Entwicklung vom Impressionisten zum Expressionisten. Er bringt drei Landschaften (Impressionismus), die von dem feinbeobachtenden Auge des Malers zeugen. — Das Bild „Nach dem Bade" zeigt das geistige Schaffen des Künstlers, beruhend von den Eindrücken der Natur. Die Komposition führt uns in der Geschlossenheit des weiblichen Aktes, der Großzügigkeit der Linien und der Farbe den Aufbau des expressionistischen Bildes vor Augen.

Der Weg, den Lehmann-Wittenberg geht, ist ein eigner. Hans Proquitté, ein Künstler von seinem Verständnis und großem Können, fesselt den Besucher durch seine kunstgewerblichen Arbeiten, Landgemälde und gestickte Seiden und Kinderkleider. Eine aquarellierte Tischdecke, äußerst geschmackvoll in der Farbe, und ein Lampenbehang erweden in dem Beschauer nur die eine Frage, ob der Preis auch der Aufwendung an Mühe und Kunst entspricht. Hans Proquitté verleiht durch seine Arbeiten dem Raume, den er mit Else Herzers Graphiken und Aquarellen teilt, eine traumhafte Traulichkeit.

Else Herzer-Berlin versucht in ihren Aquarellen den reinen Expressionismus zum Ausdruck zu bringen. Es ist interessant, wie sie die Fläche zu meistern sucht. Ihre Bewegungsstudien, Straße, Markt, Kabarett, ihr Holzschnitt Wäscherin, eine Bahnhofszene sagen uns, wie fein Else Herzer das Leben schaut. Man empfängt beim Betrachten dieser Studien den Eindruck einer ungeheuer lebensvollen Darstellung: die Stücke „Vorstadt" und „Prozession" zeigen die Künstlerin als Meisterin der Stimmung und Beherrscherin der Form.

O. Ostermeyer tritt mit mehreren Landschaften und Aquarellen auf den Plan. Den den letzteren verdient Beachtung ein Stück Alt-Wittenberg, der Holzmarkt. — Die Landschaften zeigen Ostermeyer als einen noch mit Licht und Farbe Ringenden.

Der Wittenberger Metz stellt Aquarelle aus, von denen eine Gänsehende nicht unoriginell in der Auffassung ist.

Neben den Bildern des Charlottenburger Malers Höhig, die em stoffhingesetzten Farbenauftrag den Künstler erkennen lassen, verlieren jedoch die Bilder von Metz, der in einem gewissen Mangel an Farbenempfinden nur grau und grüne Töne kennt.

G. Höhig malt naß in naß und erzielt durch das scheinbare Zineinanderfließen der Farben eine hervorragende Frische. Den gleichen Raum schmücken zu belebender Abwechselung die Holzplastiken von Richard Scholz, die, wenn auch teilweise noch handwerklich — doch den Werdenden erkennen lassen. — In seiner Einfachheit und Geschlossenheit ist das „Mädchen mit Kaninchen" als kleines Kunstwerk anzusehen.

Mit Scherenschnitten von auserlesener Feinheit schmückte Gertke zart die Wände des Ausstellungsraumes.

Im Mai 1921 findet in Wittenberg die zweite größere Ausstellung statt.

Der „Herr Professor".

Die wenigsten ahnen wohl, wie schwer es ist, diese so heiß begehrte Anrede zu erlangen. Jahrelanges Studium, jahrelanges unbezahlte Tätigkeit als Hochschullehrer und Assistent, viele Entsagungen und Verzicht auf bessere Einkünfte gehörten dazu, bis man sich so nennen hörte. Im Durchschnitt mußte man dazu mindestens 35 Jahre alt sein. Und meist war es nur ein Titel, ohne Einkommen, ohne Aussichten, ohne auch nur die Möglichkeit, Weib und Kind vor Elend bewahrt zu wissen, wenn der Ernährer arbeitsunfähig wurde. Man konnte freilich auch auf andere Weise „Professor" werden. Man hatte Beziehungen, man war der Arzt eines fürstlichen Herren, man geigte zuliebe einer wohlhätigen Patronesse usw. Das soll es nun nicht mehr geben. Der Titel wird nur mehr an Gelehrte und Gleichgestellte vergeben, und auch hier wird fortan ein „Tarif" dafür sorgen, daß nur besonders berechtigte damit geschmückt werden. Dafür wird das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sorgen, das seit dem Umsturz eine Hochschulreform vorbereitet.

Und es ist auch schon etwas geschehen: Man hat beschlossen, überhaupt keinem mehr den Titel zu verleihen, bevor nicht die Reform unter Dach ist; das kann also recht lange dauern. Inzwischen warten schon über ein Jahr Privatdozenten auf den ihnen zustehenden Titel — die einzige Anerkennung, die ihnen der Staat für jahrzehntelange Hingabe ihrer besten Arbeitskraft und Jugend gewähren könnte. Das wäre natürlich kein Unglück — wir haben schlimmere Sorgen. Aber es handelt sich für alle Betroffenen nicht um eine Frage der Eitelkeit, sondern um eine schwere wirtschaftliche Schädigung. Denn man kann sich doch nicht gut durch ein Abzeichen als Opfer des Reformeifers ausweisen und kommt so unter älteren Gelehrten, als Arzt, als Lehrer, als Schriftsteller im Verkehr mit Verlegern, Publikum usw. in den Verdacht, daß man übergangen sei, weil man nichts taugt. Die Professoren von ehemals, besonders die huldvollst protegierten reiben sich die Hände: ihr Titel wird immer kostbarer. Und während Spitzkissen und Hühneraugenoperateure sich unbefugt erweise aber mit Erfolg als Professoren anpreisen, setzen die bedürftigsten der Akademiker still abseits und harren wie Dornröschen in der Vergessenheit, in die sie der Uebereifer des Ministeriums versenkt hat. Man wollte wieder einmal die Wissenschaft fördern; vorläufig war es ein Bärendienst.

Von der Universität Halle.

Die medizinische Fakultät der Universität Halle hat den Zahnarzt Otto Pape aus Nordhausen in Anerkennung seiner Verdienste um die Wissenschaft und seiner sozialen Hilfstätigkeit zum Ehrendoktor der Zahnheilkunde ernannt.

Dem Pfarrer Karl Balthasar in Ammendorf ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der musikalischen Liturgik in der theologischen Fakultät der Universität Halle erteilt worden. Balthasar ist als Komponist von Liedern und Verfasser zahlreicher Abhandlungen und Schriften über Kirchenmusik bekannt geworden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201215034/fragment/page=0002

Während sich die eine nur eine leichte Verletzung am rechten Ellenbogen zuzog, erlitt die andere eine blutende Wunde am Hinterkopfe und mußte sich nach der Klinik begeben.

Schwere Bandendiebstähle.

Strafkammer.

Eine ganze Kette von schweren Bandendiebstählen hat den Schuhmacher Trätmar, die Arbeiter Schönbrodt und den weitberüchtigten Koninczny, die erst vor wenigen Tagen vom Schwurgericht zu schweren Strafen verurteilt worden sind, sowie den Arbeiter Alwin Bier vor den Strafrichter gebracht. Diese vier Schwerverbrecher, die bewaffnet waren, haben in der Zeit vom 16. Oktober bis 28. November 1919 einer Reihe hallischer Geschäftsleute die verschiedensten Waren im Werte von vielen tausend Mark gestohlen und sind auch nicht davor zurückgeschreckt, einem Invaliden aus seinem Schrebergarten das Schwein zu holen. Sie haben nacheinander bald zu dreien, bald zu vieren, heimgesucht den Fabrikanten K., den Schuhmachermeister St., den Lederhändler Sch., die Schneidermeister L., J. und R., den Invaliden B. und in Nietleben den Magazinverwalter K. Bei einem Einbruchsversuch bei Kohn und Hildesheim ist es zwischen den Verbrechern und Sicherheitsbeamten zu einem Feuergefecht gekommen. Ihre letzte Tat war ein Einbruchsversuch bei dem Schuhmachermeister De. Außer ihnen waren noch 7 Personen wegen Hehlerei angeklagt.

Wegen Hehlerei waren in dieser Sache angeklagt Richard Sander, Ida Thörner, Frau Trätmar, Schuhmacher Hermann Schulze, Hermann Brodhuse, Creutzmann und Frau Reisel.

Ueber die vier Schwerverbrecher wurden langjährige Zuchthausstrafen verhängt und zwar über Trätmar 8, Schönbrodt 9, Bier 9 und Koninczny 7 Jahre. Die Hehler erhielten Gefängnisstrafen, Sander 6, Ida Thörner 15, Frau Trätmar 6, Schulze 6, Brodhuse 9, Creutzmann 6 und Frau Reisel 3 Monate.

Lebensmittel-Kalender.

Städt. Verkauf von Gerstenmehl an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und ältere Leute von 70 Jahren an, von Kakao an Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen, ferner von Trockenei und von Fleisch- und Wurstkonserven über Roßulasch an alle Haushalte in der Talamtschule am Donnerstag, den 16. Dezember, zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 bis 68 500 vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 68 501 bis 72 500 nachmittags von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre 1 Paket Gerstenmehl zum Preise von 1,10 Mark, an jede Person der Haushalte mit gelb und blau umränderten Lebensmittelscheinen 50 Gramm Kakao zum Preise von 1 50 Mark für 50 Gramm, ferner an jede Person aller Haushalte 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 3 Mark für 50 Gramm und eine ½-Kilo-Dose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mark oder eine ½-Kilo-Dose oder eine 1-Kilo-Dose Roßgulasch abgegeben werden. Der Preis einer ½-Kilo-Dose Roßgulasch ist 6 Mark, einer 1-Kilo-Dose Roßgulasch 11 Mark. — Abgabegelder sind bereitzuhalten.

Ausgabe von Mehl aus Auslandsweizen. In der Zeit vom 16. bis 31. Dezember 1920 werden in den Mehlverkaufsläden (Bäckereien, Konditoreien, Mehlkleinhandelsstellen) auf Nr. 575 des Warenbezugsscheins Nr. 32 600 Gramm zu 75 Prozent ausgemahlenes Weizenmehl verabfolgt. Der Preis für 100 Gramm beträgt 1,04 Mark. Die Abgabe des Mehles für Anstalten usw. erfolgt auf Grund im Kriegsbrotausschußbüro ausgestellter Bezugsscheine. Die Verkaufsstellen haben die gesammelten Warenbezugsmarken und Bezugsscheine bis zum 5. Januar 1921 an die Brotmarkenannahmestelle abzuliefern.

Bezugsscheine für Saccharin. Die Inhaber von Apotheken und Drogengeschäften werden hierdurch aufgefordert, am Donnerstag, den 16. Dezember, während der Dienststunden von 8 bis 12½ Uhr vormittags im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, II. Obergeschoß, Zimmer Nr. 22, die Bezugsscheine für Saccharin abzuholen. Ein Ausweis ist mitzubringen. — Es wird darauf hingewiesen, daß für jede Person eines Haushaltes drei Pakete abgegeben werden.

Kunst und Wissenschaft.

Eugen d'Albert hat nach Jahren größter Erfolge auf dem Gebiete der Oper zum ersten Male wieder sieben einstimmige Lieder mit Klavier nach Gedichten des jungen Schweizer Dichters Karl Seelig komponiert. Sie sind soeben im Verlage von Breitkopf & Härtel in Leipzig erschienen.

Reinhardt geht nicht an die „Burg". Aus Kopenhagen wird uns berichtet: Max Reinhardt ist hier eingetroffen. Von einem Vertreter der Zeitung „Politiken" über jein angeblich bevorstehendes Engagement als Mitdirektor des Burgtheaters befragt, stellte Reinhardt die Richtigkeit dieses Gerüchtes entschieden in Abrede. Er habe seinen Posten als Direktor seiner drei eigenen Theater nicht niedergelegt, um Leiter einer Wiener Bühne zu werden. Das Gerücht sei wahrscheinlich dadurch entstanden, daß er plane, im alten Schloßsaal der Hofburg ein Gastspiel zu geben.

Beteiligung der Stadt Berlin an den Staatstheatern. Zwischen der Stadt Berlin und der Leitung der Staatstheater bestehen zurzeit Verhandlungen, um eine Beteiligung der Stadt Berlin an den Staatstheatern herbeizuführen.

Wetterbericht der „Saale-Zeitung".

16. Dezember: Zeitweise Aufklärung, strenger Frost, keine nennenswerten Niederschläge.

Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft.
Aktienkapital und Reserven Mk. 250 000 000.
Filiale Poststr. 12. Fernspr. 1382, 1383, 1692.
Depositenkasse Reilstrasse 133, Fernspr. 6189.
Depositenkasse Wörmlitzerstr. 1, Fernspr. 6676.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Familien-Nachrichten.

Heute entschlief sanft unsere liebe, gute Mutter
Frau verw. Amtsgerichtsrat
Amande Weigelt
geb. Mönca.
In tiefer Trauer
Margarete Weigelt, Jugendleiterin,
Dr. Johannes Weigelt, Privatdozent,
Anna Weigelt geb. Rogge.
Halle a. S., den 13. Dezember 1920.
Wielandstr. 22, Bernburgerstr. 28.
Die Trauerfeier findet Freitag, den 17. Dezember, 1½ Uhr, in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt.
Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden bitten wir abzusehen.

Gebr. Bethmann
Werkstätten für Wohnungskunst
Halle a. d. S,
Gr. Steinstraße 79-80.
Kunstgewerbe,
Stoffe, Teppiche, Gardinen.

Ganze Namen od. Vornamen läßt zum Zeichnen von Wäsche usw. weben rote Schrift auf weißem Band: H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Statt besonderer Anzeige.

Gestern nachmittag verschied sanft unsere liebe Mutter, Schwieger- und Grossmutter
Frau Witwe Hedwig Gittel
im 77. Lebensjahre.
Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen schmerzerfüllt an
Emil Gittel.
Halle a. S., Harz 17, I, den 14. Dezember 1920.
Die Einäscherungsfeier findet am Sonnabend 2½ Uhr in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt.
Beileidsbesuche und Kranzspenden dankend abgelehnt.

Kaliwerk Krügershall,
Aktiengesellschaft — Halle a. d. S.

In der ausserordentlichen Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 24. November 1920 ist beschlossen worden, das Aktienkapital um Mk. 6000000.— neue Aktien: welche ab 1. Juli 1920 dividendenberechtigt im übrigen mit den bisherigen Aktien gleichberechtigt sind, zu erhöhen.

Wir fordern hierdurch die Aktionäre auf, gemäss den zwischen dem Uebernahmekonsortium und der Gesellschaft getroffenen Vereinbarungen das Bezugsrecht auf Mk. 4000000.— obiger jungen Aktien auszuüben.

1. Auf je Mk. 2000.— alte Stammaktien kann eine neue Aktie zu Mk. 1000 — zum Kurse von 200% zuzüglich Schlussscheinstempel bezogen werden. Der Betrag ist innerhalb der Bezugsfrist zu zahlen.

2. Das Bezugsrecht ist in der Zeit vom
13. bis 31. Dezember ds. Js. einschliesslich
in Halle a. S. bei der Filiale der Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft,
in Magdeburg, bei der Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft,
in Halberstadt bei der Filiale der Commerz- und Privat-Bank, Aktiengesellschaft,
in Berlin bei der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft,
in Beendorf bei Helmstedt bei der Gewerkschaft Burbach.

3. Die alten Aktien (ohne Dividendenscheine) sind zu diesem Zweck mit einem Verzeichnis in geordneter Nummernfolge zur Abstempelung einzureichen. Gleichzeitig ist der Gegenwert der jungen Aktien zuzüglich Schlussscheinstempel zu entrichten. Ueber die Zahlungen wird Quittung erteilt, gegen deren Rückgabe die jungen Aktien nach Fertigstellung ausgehändigt werden.

Halle a. S., den 11. Dezember 1920.
Kaliwerk Krügershall,
Aktiengesellschaft,
Schweisgut.

Amtliche Bekanntmachungen.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Hallenser Wäschefabrik Kurt Seyer in Halle a. S. ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der Schlußtermin
auf den 12. Januar 1921, vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgericht hierselbst, Poststraße 13, Zimmer 45, bestimmt.

Halle a. S., d. 8. Dez. 1920.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. 7.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Eduard Götter in Halle a. S. wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Halle a. S., d. 11. Dez. 1920.
Das Amtsgericht, Abt. 7.

In das hiesige Handelsregister Abt. A. ist heute unter 2927 bei der offenen Handelsgesellschaft F. W. Herzjon & Co. in Halle eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Kaufmann Heinrich Holzhausen in Halle ist alleiniger Inhaber der Firma.

Halle, den 10. Dez. 1920.
Das Amtsgericht Abt. 19.

Fundsachen-Verkauf.
Freitag den 17. u. Sonnabend den 18. d. Mts., von 9 Uhr vormittags anfindet in unserm Fundbureau, Dateienstraße Nr. 1, öffentliche Versteigerung von Fundgegenständen gegen sofortige Barzahlung statt.
Freitag zwischen 12 und 1 Uhr mittags kommen mehrere Fahrräder (auch unbereifte) zum Verkauf.
Eisenbahndirektion.

Bekanntmachung.
Unsere Geschäftsräume sind am Freitag, den 24. d. Mts., von 12 Uhr mittags ab für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.
Halle a. d. Saale, den 14. Dez. 1920.
Reichsbankstelle
Friesleben Bötticher.

In Hessen und Waldeck
nebst Nachbargebiet bedient man sich seit vielen Jahrzehnten des anerkannten und infolge seines reichen Inhaltes stark verbreiteten „Casseler Tageblatt". Am Umfang des großen Anzeigenteils steht das
„Casseler Tageblatt"
an führender Stelle. 1919: allein ca. 60000 sogen. „Kleine Anzeigen"! Durch autarkeiteten Handelsteil usw. besonders auch von der Geschäftswelt beachtet. Zeilenpreis Mk. 1.20, Rabatt-Tarif auf Anfrage. Für kluge Inserenten, die sicheren Erfolg der aufgewendeten Kosten erzielen wollen, ist in seinem großen Verbreitungsgebiet das „Casseler Tageblatt" das
beste Ankündigungsmittel

Offene Stellen
Gewandte Stenotypistin
f. Kraft, per sofort oder später gesucht. Angebote mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter H. 3696 an die Expedition dieser Zeitung.

Stellengesuche
Stenotypistin
evtl. (Korrespondentin) sucht p. 1. 10. 21 Stellung in Halle od. Umgegend. Höhere Schulbildung. 9 jährige Praxis. Offerten erbet. an
Kreisarbeitsnachweis Zeitzerbog.

Zu verkaufen
Salon-Flügel,
mod., kreuzsaitig, 180 l, fast neu, Hofs-Firma, sehr billig zu verkaufen.
Slawik & Staudt,
Gr. Wallstr. 8.

Begehrtes Weihnachtsgeschenk!

Die Vollkommenheit unserer Erzeugnisse stempelt Joseffi Cigaretten zu Qualitäts-Marken ersten Ranges!

Mietsgesuche
3 bis 4 Büroräume
zum 1. 1. oder 1. 4. 21 zu mieten gesucht. Angebote mit Preisangabe unter G. 3695 an die Exped. dieser Ztg.

Heiratsgesuche
Bürger-Tochter
27 Jahre, guten Ruf, solid und häuslich erzogen. Mus. gutem Charakter, nicht Herrn mit gleichen Eigenschaften zwecks späterer Heirat. Off. unter K 3697 an die Expedition dieser Zeitung erbet.

Ritter-Flügel u. Pianos
sind das Produkt 92jähr. Erfahrung.

Unterricht
Tanzunterricht.
Zu dem Mitte Januar beginnenden Kursus nehme ich Anmeldungen bis 21. Dezember und von 2. Januar ab Yorckstraße 5 von 3—4 Uhr entgegen.
E. Rocco,
Universitäts-Tanzlehrer.

Zu haben in allen einschlägig. Geschäft. Direkt nur an Wiederverkäufer.
Schramberger Uhrenfabrik, G. m. b. H. Schramberg i. Württemb.

Vermischtes
Halbhaar zum
Schuhfenkel
empfiehlt
Schnee Nchf., Gr. Steinstr. 83

Glaschker
Tafelglas und Spiegelgläser
aller Art, plan und facet

Glasbehälter
in größter Auswahl. Aquarien-Geräte usw
Niederlage Halle
Forsterstr. 42, Tel 1203
Glaschker

Für Wiederverkäufer
Bretzgekr. präp. Kaninchenfelle u. präparierte Kaninchenfelle, bestes Mittel gegen Rheuma, Fensterputzleder, hiesige
Gebr. Danglowitz
Fellzurichterei, Fischerplatz 2.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201215034/fragment/page=0003